

Severin Cramm: Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Anfänge der europäischen Integration. Die Sicht des DGB auf die frühen Etappen der europäischen Einigung.

### **Vita**

Severin Cramm ist 1988 in Hannover geboren und schloss die schulische Ausbildung mit Abitur an der Robert-Bosch-Gesamtschule in Hildesheim ab. Er studierte Geschichte und Deutsch an der Universität Hildesheim und arbeitete in seiner Bachelorarbeit zu den Unruhen in Rostock-Lichtenhagen im August 1992. 2014 legte er seinen Master of Education mit einer Arbeit vor, welche die Rolle des Deutschen Gewerkschaftsbundes in den Anfängen der europäischen Integration beleuchtet. Derzeit arbeitet Severin Cramm an seiner Doktorarbeit zum Thema „Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die westeuropäische Integration“, in welcher er die Periode bis hin zu den Römischen Verträgen 1957 beleuchten will. Severin Cramm veröffentlichte bereits einige Rezensionen und Aufsätze, darunter den im Mai 2016 erschienenen Beitrag „Im Zeichen der europäischen Integration. Der DGB und die EGKS-Verhandlungen 1950/51“<sup>1</sup>. Neben Geschichte der Europäischen Integration und auch der europäisch-vergleichenden Gewerkschaftsgeschichte gehört auch die Geschichte des politischen Extremismus<sup>2</sup> und Polizeigeschichte zu seinen Forschungsbereichen. Cramm hielt im Rahmen von Ausstellungen oder Konferenzen bereits einige Vorträge, etwa im Rahmen der Ausstellung „Die Polizei im NS-Staat: Ordnung und Vernichtung“ in Hildesheim oder „Organized solidarity of the Cooperation of european Trade-Unions since 1945“ im Rahmen der internationalen Tagung „The Bonds that unite? Historical Perspectives on European Solidarity“.

### **Kurzzusammenfassung**

Severin Cramm stellt in seinem Vortrag sein Forschungsprojekt zum Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) und dessen Positionen zu unterschiedlichen Etappen auf dem Weg zur europäischen Integration vor. Nach einem Rückgriff auf das 19. Jahrhundert und Henri de Saint-Simon sowie sich darauf berufende internationale Arbeiterzusammenschlüsse (wie dem Bund der Kommunisten in London), zeichnet Cramm die Positionen der DGB und IBFG auf den Schritten der westeuropäischen Integration von der erfolgreich realisierten Montanunion über das Scheitern des Projekts einer europäischen Armee / der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft bis hin zu den erfolgreich verhandelten Römischen Verträgen, der EGW und Euratom und dem stark von den Briten forcierten, aber letztlich gescheiterten Projekt einer „großen Freihandelszone“ nach. Bei allen Schritten zeigt Cramm zudem Wechselwirkungen zwischen DGB-Positionen und politischen Richtungen sowie Polarisierungen in der westdeutschen Öffentlichkeit auf. Dieser vom ihm gewählte Zugang zur Geschichte der Europäischen Integration durch die Brille der Gewerkschaften ist – wie Cramm betont – ein bislang wenig oder nur am Rande beachteter Aspekt. Er eröffnet jedoch abseits der Integrationsgeschichte von Wirtschafts- und Politik-Eliten neue sozialgeschichtliche Erkenntnisse.

### **Vortrag**

Die Grundprinzipien der Arbeiterbewegung leitet Cramm zu Beginn seines Vortrags zunächst mit Verweis auf Henri de Saint-Simon historisch her. Dessen protosozialistische, nach Fähigkeiten und Leistungen hierarchisierende internationale Gesellschaftskonstruktion wird mit dem *Bund der Kommunisten* in London erstmals umgesetzt. Sie gilt als Anregung für Karl Marx, der besonders die internationale Ausrichtung hervorhebt – was Cramm am Beispiel des

---

1 Severin Cramm, Im Zeichen der europäischen Integration. Der DGB und die EGKS-Verhandlungen 1950/51. In: Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für Historische Studien. 15. Jahrgang, Band 2016/II. Berlin: Metropol-Verlag, Seite 78-96.

kommunistischen Manifests von 1848 und dessen bekanntestem Ausruf „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ belegt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erlauben die alliierten Besatzungsmächte in nach jeweils sehr unterschiedlichen Prinzipien in den Besatzungszonen die Gründung von Gewerkschaften. Auch wenn der Bielefelder Landesverband unter der Leitung von Hans Böckler mit seiner Namensgebung „Deutscher Gewerkschaftsbund“ den Anspruch einer Einheitsgewerkschaft schon formuliert, ist eine solche jedoch erst mit Gründung der Bundesrepublik möglich: Am 12. Oktober 1949 gründet sich der „Deutsche Gewerkschaftsbund“, der sich die Ziele der Mitbestimmung in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft, sowie parteipolitische Neutralität auf die Fahnen schreibt. Durch den Beitritt zum Internationalen Bund Freier Gewerkschaften bezieht der DGB auch außenpolitisch Stellung und unterstreicht seinen internationalen Charakter. Der Schuman-Plan am 9. Mai 1950 erfordert eine Positionierung seitens des DGB, die nationale Arbeitnehmerinteressen und verstärkte europäische Zusammenarbeiten miteinander verbinden kann. Ohne einen Standpunkt öffentlich erklärt zu haben, nehmen Vertreter des DGB als Teil der deutschen Delegation an den Verhandlungen teil. Die kompromisslose Haltung von Hans vom Hoff, Franz Grosse und Rolf Wagenführ in ihrer Forderung nach Mitbestimmung in Organen der Montanunion, eine sozialpolitische Gestaltung und die Beibehaltung der vereinigten Kohle- und Stahlproduktion zeigt Erfolg: Der DGB kann ein gewisses Maß an Mitbestimmung und sozialer Mitgestaltung erkämpfen, sich in der Frage des deutschen Kohleverkaufs jedoch nur bedingt durchsetzen. Eine öffentliche Positionierung erfolgt aber erst, als das Gesetz zur Montanmitbestimmung ratifiziert wird und Proteste der Gewerkschaftsbasis nicht mehr zu erwarten sind.

Cramm geht im Weiteren auf das in der DGB-Basis heftig umstrittene Projekt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ein, innerhalb dessen eine deutsche Wiederbewaffnung im Rahmen der Europäischen Integration verwirklicht werden soll. Cramm macht die historisch bedingte antimilitaristische Haltung der Gewerkschaft zu Militär und Armee – als Instrument der Klassenherrschaft bzw. aufgrund von Zerschlagung der Gewerkschaft, Internierung und Verfolgung ihrer Mitglieder im nationalsozialistischen Regime – als Ursprung der Ablehnung jeglicher deutscher Wiederbewaffnung aus.

Angesichts des sich zunehmend verschärfenden Kalten Kriegs in den 1950er Jahren wurde zunehmend der Ruf nach einer deutschen Armee, bzw. nach einer von Winston Churchill am 25. Juni 1950 in der Versammlung des Europarats geforderten „europäische[n] Armee unter demokratischer Kontrolle und in voller Kooperation mit den Vereinigten Staaten und Kanada“ laut. Obgleich antimilitaristische Haltung als Grundsatzposition des DGB öffentlich verkündet worden war, galt für die Gewerkschaften doch auch gleichermaßen die Überzeugung, zur Verteidigung und Festigung der Demokratie beitragen zu wollen und steuerte daher nicht aktiv gegen den politischen Kurs unter Adenauer nach deutscher Souveränität und damit auch einer eigenständigen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Der Bundeskanzler, aber auch der amerikanische Hohe Kommissar McCloy und amerikanische Gewerkschaften treffen sich im Sommer 1950 mit dem DGB, um ihn zur Zustimmung zu einer Wiederbewaffnung zu überreden. Auf der anderen Seite versuchen SPD und kommunistische Kräfte auf den DGB einzuwirken, die ablehnende Haltung zu bewahren.

Nach einer von Ludwig Rosenberg, Leiter der Abteilung Ausland, angestoßenen Diskussion im Bundesvorstand im November 1950 darüber, dass sich der DGB einer früher oder später realisierten Wehrmacht als Tatsache stellen müsse, rückt der Vorstand von seiner grundsätzlichen Ablehnung jeglicher Wiederbewaffnung ab, erteilt mit seinen Forderungen nach einer „echten Einheit der freien und gleichberechtigten Völker Europas“ und einer „demokratische[n] Kontrolle aller militärischen Formationen und besonders ihrer Führerkorps“ den Bestrebungen jedoch gleichzeitig eine Absage.

Die sich immer weiter konkretisierenden Pläne zur EVG – durch die Petersberger Gespräche ab Januar 1951, die parallel stattfindenden Verhandlungen zum Plevin-Plan ab Februar 1951 in Paris und das Memorandum des Bundeskanzlers und des amerikanischen Kommissars vom 4. Juni 1951, in welchem eine umfassende militärische Gleichberechtigung gefordert wird – lösen in der DGB-Basis wie auch in der deutschen Öffentlichkeit großen Widerstand aus. Das Schweigen des DGB-Vorstands zu dieser Position wird erst gebrochen, als Christian Fette den Vorsitz vom verstorbenen Hans Böckler übernimmt und auf dem Bundeskongress 1951 die Außenpolitik Adenauers deutlich positiv bewertet. Damit stellt er sich teils gegen die eigene Gewerkschaftsbasis, die sich beispielsweise in der Gruppe „Deutsches Arbeiterkomitee gegen die Remilitarisierung Deutschlands“ weiter aktiv einer Remilitarisierung entgegenstellt. Auch in der deutschen Öffentlichkeit werden erhitzte Diskussionen geführt – weiter befeuert etwa durch die Klage der SPD gegen eine deutsche Wiederbewaffnung vor dem deutschen Verfassungsgericht. Die Diskussion wird erneut in den DGB getragen und besitzt dort erhebliche Sprengkraft: Auf die vorsichtig befürwortenden Meinungen vom Hoff drohen zahlreiche Landesverbände mit Austritten, so dass dieser sich in einer Stellungnahme dazu gezwungen sieht, eine Mitentscheidung der DGB zu negieren und die Frage des deutschen Wehrbeitrags den politischen Instanzen zu überlassen. Der Vorstand veröffentlichte bis zu, Herbst 1952 keine weiteren Stellungnahmen zum Thema. Dennoch wurden Hans vom Hoff und Christian Fette beim Bundeskongress massiv angegriffen und Fette schließlich zugunsten von Walter Freitag abgewählt. In weitreichenden Verleumdungskampagnen wurden weitere Vertreter mit positiver Stellung zum EVG diffamiert, etwas Hans vom Hoff oder Rolf Wagenführ. Der neue Bundesvorsitzende Walter Freitag hatte nicht nur die Frage des Wehrbeitrags in den politischen Entscheidungsbereich verschoben, sondern begann im Wahlkampf 1953 offen, die parteipolitische Neutralität in Frage zu stellen, indem er sich an die Seite der SPD stellte und diese als verlängerten Arm der Arbeiterbewegung verstand. Dass er sich dennoch zum Vizepräsidenten des „Internationalen Bund Freier Gewerkschaften“ (IBFG) wählen ließ, erstaunt, da dieser nach wie vor eine Politik der Mitsprache in Politik und Mitbestimmung in politischen Organen besteht. Nach der verlorenen Bundestagswahl 1953 schließen sich SPD, DGB und Gesamtdeutsche Volkspartei gemäß dieses neuen Kurses in einem außenparlamentarischen Bündnis zusammen, in welchem der DGB auf eine Öffnung hin zur europäischen Integration drängt. Nach und nach entwickelt sich eine positivere Meinung zur Montanunion und das in der Resolution von Messina geäußerte Ziel einer Integration Europas auf wirtschaftlichem Gebiet wird vorsichtig befürwortet. Der IBFG veröffentlicht zu den Verhandlungen zwei Memoranden – eines zur EWG und eines zur Euratom – in welchen er seine Grundforderungen nach Arbeitsstandards und Arbeitsschutz, aber auch nach Mitentscheidungsrechten stellt. Nach Treffen mit einigen Verhandlungsdelegationen oder Köpfen der Verhandlung wie Jean Monnet oder Spaak gehen einige der Forderungen als Bestimmung in das Vertragswerk ein – etwa die nach Förderung und Verbesserung von Arbeitsbeschäftigungsverhältnissen. Als letzten thematischen Punkt beleuchtet Cramm die Stellung zu den im Rahmen der „Römischen Verträge“ geführten „großen Freihandelszone“, die neben den Ländern der EGKS auch die Länder der OEEC umfassen sollte und die wirtschaftliche Spaltung des Kontinents verhindern sollte. Cramm beschreibt, wie die Verhandlungen zur Freihandelszone unter anderem daran scheitern, dass unterschiedliche Meinungen zur Integration des Agrarmarktes unvereinbar sind. Seine Ausführungen beendet Cramm mit einem Urteil des Einflusses der Arbeiterbewegungen auf europäischer Ebene des belgischen Historikers Patrick Pasture. Dieser konstatiert einerseits ein Versagen der Arbeiterbewegungen auf europäischer Ebene und macht deren Fragmentierung und fehlende hierarchische und supranationale Strukturen als Grund aus. Andererseits beweisen sie sich durch ihre aktive Einmischung als starke Unterstützer einer europäischen Integration.



## Diskussion

Frage:

Sie haben die Bemühungen des DGB war betont, parteipolitisch Neutralität zu wahren. Kann man das so sagen, wenn man bedenkt, dass er dezidierte Positionen vertreten hat – wie beispielsweise die Zustimmung zur Montanunion oder Abgrenzung von der EVG? Und war es im Nachkriegsdeutschland und der Situation des Kalten Kriegs überhaupt möglich? Inwieweit war der DGB Instrument für US-amerikanische oder Adenauersche Politik und die parteipolitische Neutralität damit eine Chimäre?

Cramm:

Das Thema der parteipolitischen Neutralität wurde stark von Hans Böckler forciert und hängt stark mit der Rolle der SPD in der politischen Opposition zusammen. Durch die parteipolitische Neutralität erhoffte man sich seitens der DGB einen besseren Verhandlungsstandpunkt für die wirklich dringlichen Ziele der Gewerkschaften in den Bereichen wie der Ruhr- oder der Saarfrage.

Frage:

Schumacher hatte ja eine massive fundamental-oppositionelle Position etwa gegen die Montanunion eingenommen oder Adenauer als „Kanzler der Alliierten“ kritisiert. Er stirbt 1952 – welche Auswirkungen hat der Wechsel an der Spitze der SPD von Kurt Schumacher zu Erich Ollenhauer in der DGB?

Cramm:

Der erwähnte Zusammenschluss zu einem außerparlamentarischen Bündnis kam durch den Politikwechsel zustande, zum anderen ergab sich ein Positionswechsel und die Aufgabe der parteipolitischen Neutralität durch den neuen DGB-Vorsitzenden Walter Freitag. Ab dem Punkt hat der DGB direkten Einfluss auf die Politik der SPD und bewirkt eine Öffnung gegenüber der Politik der europäischen Integration.

Frage:

Hat der DGB zum erwähnten Zeitpunkt mehr Sozialpolitik gemacht als die gewählten Parteien der damaligen Zeit? Waren die DGB-Vorsitzenden Parteimitglieder?

Cramm:

Hans Böckler war in der Tat Mitglied der SPD, nach seiner Wahl zum Vorsitzenden gab er sein jedoch Parteibuch ab. Zwar waren mit überwiegender Mehrheit die Vorstandsmitglieder SPD-Anhänger, es gab aber durchaus auch Vertreter einer eher wirtschaftsliberalen Gewerkschaftsausrichtung, etwa Rosenberg.

Frage:

Inwieweit spielten Entwicklungen eine Rolle, deren Ursprünge in die Weimarer Republik reichen? Ende der 20er Jahre werden Diskussionen über eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit geführt – auch über Europa hinaus. Inwieweit wird 1947 an diese Wurzeln angeknüpft? Welche Lehren oder Konsequenzen werden aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus gezogen?

Cramm:

Es gab personelle Kontinuitäten aus der Zeit der Weimarer Republik und bezog man sich anfangs auch inhaltlich auf ihre Politik. Die Weimarer Republik hatte die SPD als ihren politischen Arm verstanden – zur Durchsetzung der parteipolitischen Neutralität entfernte sich

der DGB unter Hans Böckler daher zunehmend von dieser Tradition. Im Rahmen des IBFG gab es weltweite Kooperationen mit stark antikommunistischer, westlicher Ausrichtung. Es gab jedoch die Furcht, an den Interessengegensätzen der verschiedenen Gewerkschaften – etwa der südafrikanischen und südamerikanischen im Gegensatz zu den europäischen und amerikanischen – zu zerbrechen.

Frage:

Noch eine Nachfrage zu der angesprochenen Vorgeschichte: Hat der DGB sich neben Saint-Simon Vorbilder aus der Geschichte gesucht? Stellt man sich in bestimmte Traditionen oder stellt 1947 ein Neubeginn und Bruch mit dem Gewesenen dar?

Cramm:

In den von mir untersuchten Quellen – überwiegend Vorstandssitzungen – habe ich bisher vor allem realpolitische Erwägungen finden können. Historische Vergleiche haben hier keine nennenswerte Rolle gespielt.

Ergänzung:

Das ist ein interessanter Befund. Zur weiteren Ergänzung: Bei den Verhandlungen zur Montanunion oder den Römischen Verträgen sitzen Vertreter aus 6 europäischen Ländern, die teilweise Angehörige im Krieg und Widerstand verloren haben, zusammen mit ehemaligen Wehrmachtsoffizieren an einem Tisch. Das Thema Geschichte ist hier kein Thema und wird zugunsten eines Neuanfangs völlig bewusst ausgeblendet.

Frage:

Wie hätten die Verhandlungen ausgesehen, wenn es die DDR nicht gegeben hätte? Ich vermute, man hat sich oft geeinigt, weil man wusste, zusammenstehen zu müssen. Das führt zurück zu Frage, inwieweit der DGB auch ein Instrument des Kalten Kriegs / eine Funktion der US-amerikanischen Deutschlandpolitik war. Und eine Zusatzfrage: Wie stand der DGB zum FDGB, zum Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, der DDR?

Cramm:

Die Blockkonfrontation ist ein wichtiger Aspekt – gerade der IBFG hatte eine starke antikommunistische Haltung und der Zusammenhalt des Westens war ein wichtiger Punkt. Der FDGB wurde bereits 1945 gegründet. Von 1946-48 gab es mehrere Interzonen-Konferenzen, in denen es zum Austausch kam. Mit der Anerkennung der Führungsrolle der SED 1950 brach der Kontakt und jeglicher Austausch jedoch ab.

Frage:

Ich habe in Wien Kontakt zu einem der bedeutendsten Pressefotografen der 1940/50er Jahre – Erich Lessing. Als den spannendsten Moment seines Berufslebens beschreibt er nicht etwa den Ungarn-Aufstand oder den Genfer Gipfel, sondern die Frage, ob es zur Unterzeichnung des Montanunions-Vertrages komme und ob auch Rolf Wagenführ dazu seine Zustimmung gebe. Können Sie Stellung dazu nehmen, inwieweit der DGB beim Montanvertrag ein „Zünglein an der Waage“ war? Und realisierte man in der Phase der Verhandlungen über der Vertrag der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1950/51 in der Führung des DGB, inwieweit Adenauer von der Zustimmung des DGB abhängig war, weil der Vertrag auch von amerikanischer Seite gewünscht war? War dies die Chance, um Mitbestimmung zu fordern? Nutzte man diese Instrumentalisierung um das Thema für den eigenen Vorteil zu nutzen?

Cramm:

Adenauer war auf den DGB angewiesen – das ist unbestritten. Er brauchte die volle Unterstützung des Schuman-Plan, allein schon aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung des Plans für Deutschland. Kontakte zwischen dem DGB und der amerikanischen Regierung habe ich bisher nicht gefunden, wohl aber Unterlagen zu den Kontakten zwischen dem DGB und den amerikanischen Gewerkschaften. Letztere haben sich klar positiv zum Schuman-Plan positioniert und versucht, Einfluss auf den DGB auszuüben.

Frage:

Sie haben auf die schwierige Situation im Frühjahr 1952 hingewiesen, in der unklar war, ob der EVG in Kraft treten würde. In diese Zeit fallen auch die Stalin-Noten. Wurden diese innerhalb des DGB diskutiert? Ich hatte 1988 die Gelegenheit, mit dem ehemaligen Protokollchef von Adenauer, Hans von Herwarth zu Bittenfeld, zu sprechen, der später Botschafter in Rom wurde. Dieser sagte, Böcklers Position und die des DGB seien mitentscheidend dafür gewesen, dass Adenauer seinen Kurs habe durchsetzen können, nicht auf das Angebot Stalins einzugehen. Gibt es dafür Quellen? Spannend wäre es sicherlich auch, in den National Archives in Washington weiter zu forschen, denn ich bin mir sicher, dass sich dort Quellen des Geheimdienstes über die Rolle des DGB finden lassen.

Cramm:

Ich habe vor kurzem auf einer Konferenz einen Forscher getroffen, der in Pittsburgh interessante Quellen dazu gefunden hat – ich selber hatte noch nicht die Gelegenheit in Amerika zu recherchieren.

Auch die Stalin-Noten standen bisher nicht im Fokus meiner Forschungen, da ich mich auf die Themen der europäischen Integration beschränkt habe. Weitere Aspekte, die ich gerne in Angriff nehmen würde, wären beispielsweise die Ruhrfrage und das Ruhrstatut, ebenso die Saarfrage oder die Recherche zur Positionierung der IG-Metall innerhalb des DGB.

Frage:

Sie haben herausgearbeitet, wie sich der DGB zur Frage der Wiederbewaffnung geäußert hat. Wie haben die Amerikaner auf diese klare Ablehnung reagiert?

Cramm:

Leider habe ich dazu aus meinen Quellen bisher keine Erkenntnisse gewinnen können. Aus meinen Akten geht eine direkte Kontaktaufnahme der Amerikaner mit dem DGB nicht hervor.

Frage:

Wie waren die Abstimmungsprozesse mit den damals noch sehr zahlreichen Einzelgewerkschaften?

Cramm:

Bei entscheidenden Stellungnahmen wurden die Einzelgewerkschaften mit einbezogen – die wichtigsten wurden auf Bundeskongressen verabschiedet, an denen die Einzelgewerkschaften teilnahmen. Ansonsten wurden sie über Stellungnahmen informiert, direkte Verhandlungen fanden nicht statt.

Frage:

Wir wissen aus der Forschung, dass die USA weit mehr Einfluss auf die Aushandlung des Montanvertrages genommen hat als auf die Römischen Verträge. Gibt es da einen Zusammenhang? Sie haben ja dargestellt, was der DGB sich an Zielen in den Verhandlungen setzt, aber nur zum Teil erreichen kann. Herrschte bei den Verhandlungen zu den Römischen

Verträgen bereits ein anderes Klima? War das Druckpotenzial geringer als am Anfang der 50er Jahre? Wie stand es um die Abhängigkeit des DGB?

Cramm:

Genau diese Fragen werde ich in meiner Arbeit aufgreifen. Der DGB hatte in den Verhandlungen zur Montanunion Probleme, seine thematischen Schwerpunkte durchzusetzen und hat sich dafür an Jean Monnet und nach dessen Ablehnung dann an den Hohen Kommissar John McCloy gewandt, um auf amerikanischer Seite seine Ziele zu erreichen. Erst danach hat sich der DGB an Adenauer gewendet, was in meinen Augen sehr klar die Entscheidungshierarchie der Verhandlungen aufzeigt.

Frage:

Es gab ja auch Diskussionen über Staats- und Planwirtschaft und über die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Ludwig Erhards Programm der Sozialen Marktwirtschaft. Sowohl SPD als auch die Gewerkschaften haben dies ja zuerst abgelehnt – im Gegensatz dazu stehen die von Ihnen dargestellten Zustimmungen zu Marktöffnung und Internationalisierung. Wie verträgt sich das?

Cramm:

Durch seinen Beitritt zum IBFG hat der DGB stets eine stark westlich orientierte Politik betrieben, hat innerhalb der Wirtschaftspolitik der BRD einen anderen Kurs vertreten. In der Tat finden sich hier teilweise Widersprüche – zumindest vordergründig.

Frage:

Sie haben die Diskussionen zur „großen Freihandelszone“ dargestellt, die 1956/57 ins Spiel gebracht wird, um die EWG-Verhandlungen zu torpedieren bzw. die sich bildende EWG zu zerstören. Welche Positionen hat hier der DGB vertreten und hat er durchschaut, welche Ziele die Briten mit dieser Initiative verfolgten?

Cramm:

Der IBFG ist in mehrere Unterregionen aufgebaut. Die Unterregion für Europa nennt sich ERO, in der sich alle europäischen Gewerkschaften westlicher Prägung gesammelt haben. Dieser IBFG hat sich insofern sehr positiv zur großen Freihandelszone positioniert, als dass die Bedingung gestellt wurde, damit den gemeinsamen Markt nicht zu gefährden. Vor allem die skandinavischen Länder und Großbritannien haben in diesen Verhandlungen das Wort geführt. Von den skandinavischen Gewerkschaften wurde der DGB dazu gedrängt, die Freihandelszone zu forcieren. Man hat aber den gemeinsamen Markt als deutlich wichtiger angesehen.

Frage:

Kann man das außerparlamentarische Bündnis zwischen DGB, SPD und Deutscher Volkspartei als einen Vorläufer der späteren APO sehen?

Cramm:

Während sich die SPD in diesem Bündnis sich eher gen CDU öffnete, hat die APO das genaue Gegenteil gemacht. Direkte Verbindungen sehe ich da nicht.